

Memorandumgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

Die „Memorandumgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ hat unter dem Titel „Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung“ im Interesse der Bevölkerung an menschengerechten Arbeitsplätzen, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Einkommen, besserer Bedürfnisbefriedigung und Mitbestimmung über die Produktion für 1982 ein Beschäftigungsprogramm von 20 Mrd. DM gefordert. Es soll in ein „Zukunftsinvestitionsprogramm für die 80er Jahre“ von über 200 Mrd. DM eingebettet sein, mit Schwergewicht auf Energieumstellung, Verbesserung von Wohnen und Wohnumwelt, Umweltschutzinvestitionen, Verkehr und mehr öffentlichen Sozialeinrichtungen.

Zur Finanzierung schlägt die Memorandumgruppe eine striktere Handhabung des Steuerrechts (Mehreinnahmen 6,3 Mrd. DM), Abbau von Steuersubventionen (11 Mrd. DM) wie Ehegatten-Splitting und Bewirtungsspesen sowie Einnahmeverbesserungen (5,6 Mrd. DM) wie Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, Bodenwertzuwachssteuer und Besteuerung der „windfall-profits“ vor. Auf der Ausgabenseite der Etats könnte durch Einfrieren der Rüstungsausgaben (2,3 Mrd. DM) und Senkung der Finanzhilfen an Unternehmen (1,4 Mrd. DM) zusätzlicher Finanzierungsspielraum geschaffen werden. Darüber hinaus plädieren die Wissenschaftler für eine allgemeine Arbeitsmarktabgabe (4 Mrd. DM) und eine Arbeitgeberumlage (1,4 Mrd. DM) zur Entlastung der Bundesanstalt für Arbeit.

Nach: Memorandumgruppe: Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, März 1982; Memorandum '82, Teil B: Sicherung und Ausbau des Sozialstaates statt sozialer Demontage – Alternativen zur Finanzkrise der Sozialpolitik, April 1982.

